
Bassam Tibi

Islamisches Ordnungssystem, Erdölproduktion und die gewerkschaftliche Organisation der Arbeit*

Prof. Dr. Bassam Tibi, 1944 in Damaskus/Syrien geboren, seit 1976 deutscher Staatsbürger, studierte Philosophie und Sozialwissenschaft in Frankfurt am Main und ist seit 1973 Professor für Internationale Politik an der Universität Göttingen.

In Iran haben die Streiks der Erdölarbeiter und die Demonstrationen der Universitätsstudenten ein System orientalischer Despotie erschüttert. In dieser polarisierten Situation gelang es der islamischen Geistlichkeit, den Islam als mobilisatorische Ideologie wiederzubeleben und das Sakrale mit dem Politischen zu verbinden. Das als islamische Republik neu interpretierte islamische Ordnungssystem ersetzte gewaltsam das despotische Schah-Regime.

Der Iran ist wie die Mehrheit der OPEC-Mitgliedsländer¹ ein islamisches Land. Die Erdölarbeiter und die Universitätsstudenten, deren Aktionen die Situation polarisiert und die zum heutigen Zustand geführt haben, sind jedoch in einer traditionellen islamischen Gesellschaft neue soziale Kräfte. Moderne Universitätsstudenten bringen durch ihre vorwiegend Verwestlichte Bildung fremde Einflüsse, die die in sich integrierte traditionelle Sozialordnung erschüttern². Erdölarbeiter konfrontieren eine nicht-industrielle Gesellschaft mit neuen Normen und Aktionsformen

* Demnächst erscheint: Bassam Tibi: Der Islam als vorindustrielle Kultur. Die Muslime und das technisch-wissenschaftliche Zeitalter. München (Beck-Verlag).

1 Vgl. B. Tibi, „Das Selbstverständnis der OPEC“, in: Verfassung und Recht in Übersee, Bd. 12(1979), H. 3, S. 259-266.

2 Vgl. B. Tibi, „Die iranischen Studenten im Ausland als ein gesellschaftliches Veränderungspotential und ihre Stellung im politischen System“, in: Orient, Bd. 20 (1979), H. 3, S. 100 - 108.

(Streik), die der Geschichte der industriellen Gesellschaften und der aus ihr hervorgegangenen Arbeiterbewegung entstammen. In Iran und in den anderen OPEC-Ländern ist die Arbeiterbewegung aus der Erdölproduktion emporgestiegen; sie nimmt eine moderne Organisationsform, die Gewerkschaft, unter den Bedingungen eines islamischen traditionellen Ordnungssystems für sich in Anspruch. Wie sind diese Gegensätze miteinander vereinbar? Durch Streiks u. a. wurde das Schah-Regime gestürzt. Der Islam kennt aber kein Widerstandsrecht; ein Streik wäre nach islamischer Auslegung eine Form des Ungehorsams, die der Islam streng verbietet³.

Die Peripherien der Weltgesellschaft, die heutigen Entwicklungsländer, weisen unter sich zwar weit unterschiedliche Sozialstrukturen auf, die alle aber die Struktur der Unterentwicklung gemeinsam haben. Es handelt sich also um Gesellschaften, die nicht als industrialisiert angesehen werden können. Das bedeutet, daß diese Gesellschaften nicht-komplexe Sozialsysteme darstellen, wenngleich diese fehlende Komplexität von einer Region zu einer anderen einen unterschiedlichen Grad hat. Im Prozeß der Auflösung traditioneller Strukturen und der Überwindung der Unterentwicklung können die Gewerkschaften eine soziale und politische Kraft bilden, die diesen Prozeß vorantreibt. Mit einem systemtheoretischen Ansatz betrachtet, weist das traditionelle System einer unterentwickelten Gesellschaft *Assoziations- und Handlungsmodelle* auf, die die Autonomie sozialer Subeinheiten einschränken bzw. nicht zulassen. Solche Sozialsysteme kennen also keine gewerkschaftlichen Organisationsformen. Wo solche sozialen Institutionen bestehen, bezeichnet man dies als ‚Diffusion‘ und meint damit die Übernahme eines Produktes einer anderen, fremden Gesellschaft. Nach Büse, der die westafrikanischen Gewerkschaften behandelt hat, kann die Entstehung von Gewerkschaften als ein „Aktivierungsprozeß von Kollektivitäten bzw. Subkollektivitäten“⁴ gedeutet werden. Gewerkschaften können in diesem Prozeß einen wichtigen Beitrag zum sozialen Wandel leisten, indem sie die Auflösung der traditionellen Strukturen beschleunigen helfen. Die Diffusion einer gewerkschaftlichen Institution kann aber diese Aufgabe allein nicht bewältigen. „Kontinuierlicher Abbau des Bewußtseins traditioneller Grenzen kann sich nur dort und in dem Maße vollziehen, wie die Spezialisierung durch Erziehung, Ausbildung und Erfahrung einen Grad und einen Umfang erreicht, der nicht nur Bindung an den Beruf, d. h. die Internalisierung entsprechender Werte und Normen, bedingt. . . , sondern auch die Bereitschaft zur Eingliederung in das entstehende moderne, d. h. auf Wandel ausgerichtete, städtische System“⁵.

Arbeit und Erdölproduktion

Vor der Berührung mit dem industrialisierten Europa waren die islamischen Gesellschaften traditionell und hatten vorwiegend eine agrarische Verfassung. Vor al-

3 Vgl. Fritz Steppat, „Der Muslim und die Obrigkeit“, in: Zeitschrift für Politik, Bd. 12 (1965), S. 319 - 333.

4 Jürgen Büse, Gewerkschaften im Prozeß des sozialen Wandels in Entwicklungsländern, Bonn-Bad Godesberg, 1974, S. 36.

5 Ebenda, S. 102 f.

lern hat die ökonomische Durchbringung dieser Region durch die damaligen Kolonialmächte zur Erschütterung der bisherigen Sozialgebilde und zur Entstehung neuer Strukturen geführt. Sozialer Wandel nimmt die Form der Auflösung der traditionellen Gesellschaft⁶ an; ökonomische, soziokulturelle und politische Einflüsse aus dem entwickelteren weil industrialisierten Westen markieren diesen Prozeß⁷.

Die Entdeckung des Erdöls in dieser Region zu Beginn dieses Jahrhunderts und dessen bald darauf folgende Erschließung beschleunigen diese Umstrukturierung der Gesellschaft. Aber nicht Industrialisierung im Sinne der Entwicklung der Gesellschaft zu einer höheren Stufe, sondern im Sinne der industriellen Erschließung der Rohstoffe (Erdöl) und dessen Absatz in der Metropole fand statt. Wir werden dieses Phänomen am Beispiel der Erdölproduktion in diesen Ländern verfolgen können.

Die Auswirkungen der Erdölproduktion auf die bestehenden Strukturen waren mannigfaltig; vor allem bewirkte die neue Beschäftigungsart eine Bevölkerungsströmung von den Dörfern in die Städte und Ölfelder. Die „Auflösung bestehender sozialer Loyalitäten und die Erschütterung der traditionellen Werte“ war die unvermeidliche Folge⁸. Die Erdölproduktion desintegrierte also die traditionelle Gesellschaft, setzte Mobilisierungsprozesse in Gang und veränderte so die Bevölkerungsstruktur. Die Erdölarbeiter sind ein Produkt dieses Prozesses; die Tätigkeit in dem neuen ökonomischen Sektor wird zu der wichtigsten Beschäftigungsquelle in der gesamten Ökonomie der jeweiligen Länder. „Die Ölindustrie“, schreibt Moneir Nasr, „ermöglicht zusätzliche Beschäftigung, die ihrerseits zu einer relativen Einkommens- und Verbrauchssteigerung und damit wiederum - gemäß dem Akzelerationsprinzip - zu einer höheren Beschäftigung führt. Die Höhe der Gesamteinkommen in den Ölländern ist unter anderem eine Funktion der Zahl der Beschäftigten, die wiederum abhängig ist von der Höhe der gesamten Nachfrage, die durch die in der Ölwirtschaft Beschäftigten ausgelöst wurde. So sind es vor allem die Einflüsse der Ölindustrie im Nahen Osten, die die Höhe des Einkommens dieser Länder bestimmen⁹.“

Die Erdölarbeiter rekrutieren sich aus der Dorfbevölkerung und aus den Beduinen und werden in einer industriellen Produktion eingesetzt, die im Widerspruch zu ihrem bisherigen agrarischen bzw. nomadischen Verständnis vom Arbeitsprozeß steht. Es liegt auf der Hand, daß diese entwurzelten Bauern und Beduinen ein Heer ungelernter Arbeiter bilden. Das technische Personal wird aus der Metropole geholt; zusätzlich werden ausländische Facharbeiter - Inder, Pakistanis und neuerdings Koreaner - beschäftigt. Die importierten Arbeitskräfte sind heute in den ara-

6 Vgl. D. Lerner, *The Passing of Traditional Society. Modernizing the Middle East*, New York 1964

7 Vgl. hierüber Bernard Lewis, *The Middle East and the West*, New York 1966.

8 George Lenezowski, *Oil and State in the Middle East*, Ithaca-London 1970², S. 253; vgl. die interessante Fallstudie von G. Shanneik, „Ölreichtum und sozialer Wandel - Das Beispiel Kuwaits“, in: *Orient*, Bd. 20 (1979), H. 3, S. 25-48.

9 Moneir Nasr, *Mineralölwirtschaft im Nahen Osten*, Hannover 1967, S. 111 f.

bischen Emiraten und auch in Saudi-Arabien eine Quelle sich stets verschärfender sozialer und ökonomischer Probleme¹⁰. Die nach nationaler Herkunft und nach unterschiedlicher Qualifikation gegliederte Hierarchie des Arbeitsprozesses in der Erdölproduktion korreliert mit einer entsprechenden Lohnhierarchie. Die auffallend auseinanderklaffenden Lebensstandards der Beschäftigten in der Erdölproduktion bilden eine weitere Quelle sozialer Unruhe. „Sowohl aus diesen Lohnunterschieden als auch aus dem allgemein niedrigen Lohnniveau ist es zu erklären, daß heute fast in der gesamten Mineralölindustrie des Nahen Ostens laufend kleine und größere Streiks ausbrechen“¹¹. Der Streik als gewerkschaftliches Instrument des Arbeitskampfes wurde von der Arbeiterbewegung in der Industriegesellschaft entwickelt, so daß sich die Frage nach der Bedeutung dieses neuen sozialen und politischen Einflusses aus dem Westen stellt.

Zunächst können wir feststellen, daß eine effektive gewerkschaftliche Organisation der Erdölarbeiter fehlt. Lenczowski weist darauf hin, daß dies die allgemeine Lage der Arbeit in diesen Ländern widerspiegelt und gibt an, daß es sich dabei um das Resultat „bewußter Politik der betreffenden Regierungen (handelt), die unabhängig von den Verlautbarungen der Gesetze“¹² betrieben wird. Trotz dieses Fehlens einer effektiven gewerkschaftlichen Organisation können wir aber beobachten, daß die Erdölarbeiter, obwohl mehrheitlich ungelernt und auch politisch auf einer niedrigen Bewußtseinsstufe sich organisieren und handeln. Dabei werden oft politische mit ökonomischen und sozialen Handlungsmotiven verwoben.

Zwar wurden die islamischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts von der Kolonialisierung insgesamt erschüttert, aber es konnten gesamtgesellschaftlich keine neuen Strukturen entstehen. Die Auswirkungen der Erdölproduktion bleiben sektoral beschränkt. Diese schafft fast ausschließlich Arbeitsplätze für ungelernete Arbeiter, was aber gesamtökonomisch gesehen von relativ geringer Bedeutung ist. Denn „der Ölsektor bezieht seine Technologie und seine Investitionsgüter aus dem Ausland und schafft daher auch keine Arbeitsplätze in anderen einheimischen Wirtschaftsbereichen“¹³. Algerien, das einen mit der Erdölproduktion koordinierten Aufbau einer eigenen Industrie betreibt, bildet hier leider einen Einzelfall. Die neue Gesellschaftsstruktur in den erdölproduzierenden Ländern ist nicht homogen und unterteilt sich in unterschiedlich entwickelte Sektoren; diese Gesellschaften sind strukturell heterogen, insgesamt sozio-ökonomisch und sozio-kulturell unterentwickelt und in eine ungleiche internationale Arbeitsteilung integriert, in der sie die Rolle des Rohstoffproduzenten innehaben.

10 Vgl. „The Gulf-Expatriate Labor Creates Problems“, in: Arab Economist, Bd. 10 (1978), Nr. 108, S. 16 - 17 sowie „The Gulf: Foreign Workers Pose Social and Economic Problems“, in: Events, vom 26. August 1977.

11 Nsr, (Anm. 9), S. 120.

12 Lenczowski, (Anm. 8), S. 274.

13 Fred Halliday, Iran. Analyse einer Gesellschaft im Entwicklungskrieg, Berlin 1979, S. 169.

*Islam und gewerkschaftliche Organisation der Arbeit*¹⁴

Gewerkschaften in pluralistischen Industriegesellschaften sind autonome Subeinheiten des komplexen, weil industriellen Sozialsystems. Islamische Gesellschaften sind aber noch nicht industriell und haben noch einfache Sozialsysteme ohne Differenzierung und können ihren Subeinheiten daher keine Autonomie gewähren. Wo sich Gewerkschaften bildeten, waren sie entweder Sprachrohr der Regierung oder wurden verfolgt, wenn sie sich nicht unterordneten. Wenn Gewerkschaften in Entwicklungsländern Autonomie fordern, dann geraten sie verständlicherweise „zunehmend in Widerspruch zur Kontrollstrategie der Regierung, die versucht . . . die Gewerkschaftsbewegung unter ihre Kontrolle zu bringen, indem sie die militant-autonomen Gewerkschaftsführer durch von der Parteiführung abhängige Gewerkschaftsführer ersetzt und den Dachverband zum Implementing Mechanism entwickelt“¹⁵. Unter diesen Bedingungen können die Gewerkschaften ihre Funktion im sozialen System nicht erfüllen, weil sie nur dann modernisierend wirken, wenn sie als autonome Handlungseinheiten agieren.

Einfache Systeme, in denen der Grad der Naturbeherrschung sehr niedrig ist, sind durch die Entsprechung des Sakralen und des Politischen charakterisiert¹⁶, während komplexe Systeme in der Regel säkularisiert sind. Die Säkularisierung des Christentums in Europa geht mit der Industrialisierung und der Entwicklung einer offenen Gesellschaft einher. Der Islam kennt dieses Phänomen noch nicht, er ist eine vorindustrielle Kultur.

Nach Samuel Eisenstadt sind die religiösen Führer in einer vorindustriellen Kultur vor die Aufgabe gestellt, „ihren Glauben und ihre Tradition so zu formalisieren und zu formulieren, daß sie auf einer relativ differenzierten kulturellen Ebene voll artikuliert und organisiert werden konnten“. Sie hätten auch vor der Notwendigkeit gestanden, „die verschiedenen dynamischen Orientierungen und Elemente, die sich im Schoß der Religion entwickelt hatten, zu regulieren und zu kanalisieren und die interne Organisation und Disziplin aufrechtzuerhalten“. So hätten sich die „besonderen Handlungsmuster religiöser Eliten und Organisationen in diesen Gesellschaften“ entwickelt¹⁷. Solche Handlungsmuster beruhen auf Loyalität gegenüber der herrschenden Obrigkeit und können keinerlei Opposition zulassen. Damit stehen sie im Widerspruch zu den bereits angeführten Assoziations- und Handlungsmodellen, die ein modernes System seinen Subeinheiten bietet. Hierzu gehört primär die Autonomie der sozialen Organisationen. Wir haben gesehen, daß eine Gewerkschaft ohne eine solche Autonomie ihre sozialen Aufgaben nicht erfüllen kann. In einem

14 Dieser Abschnitt enthält wesentlich die Thesen des islamwissenschaftlichen Teils meiner englischsprachigen Abhandlung über Gewerkschaften in den airo-islamischen Ländern; vgl. B. Tibi, Trade Unions as an Organizational Form of Political Opposition in Afro-Arab States, in: *Orient*, Bd. 20 (1979), H. 4.

15 Büse (Anm. 4), S. 267 f.

16 Georges Balandier, *Politische Anthropologie*, München 1972, S. 122.

17 S. N. Eisenstadt, *Tradition, Wandel und Modernität*, Frankfurt/M. 1979, S. 206.

traditionellen System, in dem das Politische dem Sakralen entspricht, wollen die religiösen Führer stets „die traditionellen Orientierungen bewahren und die Entwicklung einer unabhängigen kritischen öffentlichen Meinung kontrollieren. In freier religiöser und intellektueller Tätigkeit sahen sie oft eine Bedrohung der politischen Loyalität und versuchten daher, diese Tätigkeit zu kontrollieren und die Loyalität gegenüber dem Regime und die Versorgung mit Ressourcen aufrechtzuerhalten“¹⁸. Eisenstadt, der diese allgemeinen Aussagen trifft, spezifiziert sie in Hinsicht auf den Islam und erkennt, daß die islamische „religiöse Führung nicht als separate Kirche organisiert (war); sie bildete keine organisierte Körperschaft und hing stark von den Herrschern ab“¹⁹. Insofern die religiöse Führung die kulturelle und politische Wertorientierung in einem traditionellen System maßgebend bestimmt, kann die These aufgestellt werden, daß die angeführte Abhängigkeit der islamischen religiösen Führung von den Herrschern zur Norm in der islamischen Geschichte erhoben wurde. Die Mitglieder einer solchen Gesellschaft können keine Bürger im Sinne des Citoyen, sondern nur Untertanen sein, die ein entsprechendes Verhältnis zur Obrigkeit haben. Für den Islam ist diese These von Fritz Steppat nachgewiesen worden. Er kam zu dem Ergebnis, „daß die Theologen dem Gläubigen die Auflehnung gegen die Obrigkeit verbieten und ihm vorschreiben, den Befehlen der Obrigkeit zu gehorchen, ohne nach der Legitimität der Obrigkeit zu fragen ... So entsteht im orthodoxen Islam eine klare Tendenz zur fast bedingungslosen Unterwerfung unter die Obrigkeit, ein theologisch gerechtfertigter Quietismus“²⁰. Steppat weist auch darauf hin, daß der Islam keine Tradition des Widerstandes kennt²¹. Die von ihm analysierte Beziehung des Muslims zu der Obrigkeit bezieht sich zwar auf das klassische islamische Imperium, ist „aber doch für die heutige islamische Welt von Bedeutung. Sie erklärt, warum die traditionsverhafteten Volksmassen in den islamischen Ländern den Staat teils als paternalistische Autorität, teils als feindliche Macht ansehen, jedenfalls aber kaum hoffen, ihn beeinflussen zu können - warum sie sich unterwerfen, selbst wo er offensichtlich nicht ihren Interessen dient“²².

Gewerkschaftliches Bewußtsein kann in einer solchen asymmetrischen Beziehungsstruktur zwischen Untertan und Obrigkeit nicht integriert werden. In diesem Sinne bedeutet die Entstehung eines solchen Bewußtseins nicht nur in Afrika, sondern auch im islamischen Orient „kontinuierlicher Abbau des Bewußtseins traditioneller Grenzen“ (Büse) und ein Durchbrechen der traditionellen Assoziations- und Handlungsmodelle. Auf dem Höhepunkt der Entwicklung während der Abbasiden-epoche (750 - 1258) lassen sich schon handelskapitalistische Strukturen nachweisen²³. Damals entstanden auch neue professionelle Assoziationsformen, die als vor-

18 Ebenda, S. 208 f.

19 Ebenda, S. 221.

20 Steppat, (Anm. 3), S. 325.

21 Vgl. B. Tibi, „Widerstandsrecht in rechtlosen Gesellschaften“, in: Gegenwartskunde, Bd. 28 (1979), H. 3, S. 283 - 297.

22 Steppat (Anm. 3), S. 332.

23 Vgl. Maxime Rodinson, Islam und Kapitalismus, Frankfurt/M. 1971.

gewerkschaftlich bezeichnet werden könnten. Der arabische Wirtschafts- und Sozialhistoriker Duri beschreibt diese neue Tendenz: „In jener Epoche hat die sozio-ökonomische Entwicklung eine neue soziale Kraft hervorgerufen: das gemeine Volk. Die Städte hatten merklich expandiert und entsprechend nahmen die Arbeitsbereiche und die Bevölkerung zu. Die Städte waren das Zentrum der Arbeit und des Handwerks und wurden somit eine Bühne für eine klare Arbeiterbewegung, die sich in der Organisation der Arbeit und des Handwerks manifestierte . . . "24. Gewiß: die Verwendung des Begriffs „Arbeiterbewegung“ für jene Epoche ist sehr problematisch, so sehr die Beschreibung von Duri als korrekt befunden werden kann.

Der syrische Jurist Schischakli hebt hervor, daß die arabo-islamische Kultur das Phänomen *Gewerkschaft* nicht kennt: „Die Gewerkschaft ist das Produkt der modernen Industrie. Die arabischen Länder befinden sich immer noch im transitorischen Stadium, also auf dem Wege von dem traditionellen zum modernen ökonomischen System. Das tradierte System löst sich rapide auf und verliert seine Substanz . . . "25. Nach einem kurzen Überblick über die vorindustriellen Formen der Arbeitsorganisation und über den gegenwärtigen Stand der Entwicklung der Gewerkschaften in den einzelnen arabischen Ländern konzidiert Schischakli in seinem damals offiziellen Universitätslehrbuch, daß es in der arabischen Welt, wo schon Gewerkschaften bestehen, keine gewerkschaftliche Freiheit gibt:

„In der Tat können wir nicht behaupten, daß es in der ganzen arabischen Welt gewerkschaftliche Freiheit gibt. Denn die Gewerkschaften werden gewöhnlich der staatlichen Verwaltung untergeordnet und sind stets der Willkür der Regierungspolitik ausgesetzt. Der Text der Arbeitsgesetze, der ja die Freiheit der Arbeiter garantiert, das Recht auf Gewerkschaftsbildung zuläßt und die Konflikte zwischen der Gewerkschaft und der Regierung jeweils der unabhängigen Justiz unterordnet, ist meistens belanglos. Aber diese Gesetze sind doch ein Schritt vorwärts. Die allgemeinen politischen Verhältnisse in der arabischen Welt und die hier vorherrschenden Regierungsformen können die traditionelle gewerkschaftliche Freiheit nicht verkraften, die in einigen der fortgeschrittenen Gesellschaften gewährt wird"26.

Obwohl Schischakliis Arbeit ein Universitätslehrbuch ist, enthält sie soziale Forderungen, die mir zitierenswert erscheinen: „In der gegenwärtigen Entwicklungsphase müßten die Gründung von Agrargewerkschaften und die Gewährung der gewerkschaftlichen Freiheit als Ziele verfolgt werden. Denn die Gewerkschaften gehören zu den primären sozialen Stützen der modernen Gesellschaft. Die Gewerkschaft kann eine große positive Bedeutung erlangen, wenn sie von jeglicher Regierungs-

24 Abdelaziz Duri, *Muqaddima fi at-tarikh al-iqtisadi al-arabi* (Einführung in die arabische Wirtschaftsgeschichte), Beirut 1969, S. 150 (Übers. aus dem Arabischen; eine deutsche Übersetzung ist vom Artemis-Verlag angekündigt).

25 Muhsin Schischakli, *Dirasat fi al-mugtama' al-arabi* (Studien über die arabische Gesellschaft), Bd. 2, Aleppo 1965, S. 216 (eigene Übersetzung aus dem Arabischen).

26 Ebenda, S. 218.

willkür frei wird. Die Gewerkschaft könnte zu einem natürlichen, korrekten Gebilde einer entwickelten arabischen Gesellschaft gehören"²⁷.

Während der gegenwärtig noch stattfindenden Phase der Re-Islamisierung im Orient konnte der Beobachter oft Warnrufe vor Nachahmung des Westens hören. Schon die Forderung nach gewerkschaftlicher Autonomie wird heute als Imitation des Westens angeprangert. Der Islam als vorindustrielle Kultur, die auf der Entsprechung des Sakralen und des Politischen basiert²⁸, ist fundamentalistisch und kann daher seinen Subeinheiten, die ohnehin sehr einfach sind, keine Autonomie gewähren. Die Forderung nach autonomen Gewerkschaften im arabo-islamischen Orient ist daher nicht als Imitation des Westens anzusehen, sondern als Plädoyer für eine moderne industrialisierte Gesellschaft. Sie ist zugleich eine Forderung nach Säkularisierung, weil auf der Basis der Entsprechung des Sakralen und des Politischen keine gewerkschaftliche Autonomie erreicht werden kann.

Wenn man in den außerokzidentalischen Gesellschaften für die Etablierung von Freiheiten, wie die, die in westlich-europäischen Gesellschaften selbstverständlich sind, plädiert, stößt man nicht nur auf Warnungen religiöser Fanatiker. Es ist unter Sozialwissenschaftlern heute Mode geworden, vor dem Europazentrismus zu warnen, wenn es um die Übernahme von westlich-europäischen Errungenschaften durch nichtwestliche Gesellschaften geht. Der Vorwurf des Ethnozentrismus ist gewiß gerechtfertigt, wenn es sich um paternalistische und auch neokoloniale Attitüden handelt, er wird aber zur Farce, wenn er modisch und undifferenziert gehandhabt wird²⁹.

Erdölproduktion und die Lage der Arbeit in Iran und Saudi-Arabien

Saudi-Arabien und Iran sind in dieser Reihenfolge die größten Erdölproduzenten der Welt; ihre moderne politische und Wirtschaftsgeschichte sind fast identisch mit der Geschichte der Erdölentdeckung und -förderung³⁰. Iran war vor der Aufnahme der Erdölproduktion im Jahre 1908 fast eine segmentäre Gesellschaft mit einer sehr schwachen Zentralinstanz. Die neue ökonomische Wandlung trug zum Sturz der Kadjaren-Dynastie und der Gründung des stark zentralistischen Pahlawi-Staates bei, dessen zentralstaatliche Einrichtungen ohne die Erdöleinnahmen nicht hätten finanziert werden können³¹. In Saudi-Arabien fiel die Erdölentdeckung und

27 Ebenda, S. 219.

28 Vgl. hierüber B. Tibi, Islam und sozialer Wandel im modernen Orient, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Bd. 65 (1979), H. 4, S. 483 - 502.

29 Vgl. die Diskussion über diesen Fragenkomplex bei B. Tibi, Internationale Politik und Entwicklungsländer-Forschung, (edition suhrkamp 983) Frankfurt/M. 1979, Kap. I.

30 Über den Iran und Saudi-Arabien vgl. die beiden ausgezeichneten Länder-Artikel von Udo Steinbach und Thomas Koszinowski, in: Politisches Lexikon Nahost, hrsg. von U. Steinbach u. a., München 1979, S. 88 ff., 245 ff. (Beck'sche Schwarze Reihe; Bd. 199).

31 Vgl. Nikki R. Keddie, Oil Economic Policy and Social Conflict in Iran, in: Race and Class, Bd. 21 (1979), H. 1, S. 13 — 29. Über die durch die Erdölproduktion verursachten sozialstrukturellen Veränderungen informiert auch Robert Graham, Iran. Die Illusion der Macht, Frankfurt/M. 1979, S. 25 ff.

-förderung in den dreißiger Jahren mit der Gründung des saudiarabischen Königreiches zusammen, das ebenfalls die segmentären Stammesstrukturen in der arabischen Halbinsel zugunsten einer starken Zentralinstanz aufhob³².

Der Auflösung der traditionellen Gesellschaftsstrukturen als Folge der Erdölproduktion entspricht der Übergang von agrarischen zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten in der Beschäftigungsstruktur dieser Region³³. Zu Beginn dieses Jahrhunderts betrug der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten in Iran 90 %, gegen Ende der siebziger Jahre ging er auf 33% zurück. Doch waren die Beschäftigungseffekte der Mineralölwirtschaft, „immer ein bedeutender Faktor . . . Wenn Erdöl Beschäftigung schafft und wenn es bedeutsame Auswirkungen auf die Herausbildung einer Arbeiterklasse hat, geschieht dies auf indirektem Wege, also dadurch, daß aus den erhaltenen Einnahmen durch den Staat. . . Arbeitsplätze geschaffen werden“³⁴. Die Beschäftigungsstruktur in dem unproportional sich ausdehnenden Baugewerbe und auch in der embryonalen Industrie kann ohne Berücksichtigung der Erdöleinnahmen nicht begriffen werden.

Die Entstehung einer neuen sozialen Schicht von Lohnempfängern in einer vorwiegend agrarischen Gesellschaft schafft neue soziale Probleme für das politische System. Die erste Arbeitsverordnung in Iran wurde im Jahre 1936 erlassen, auf die dann die erste Arbeitsgesetzgebung von 1946 folgte³⁵. Diese wurde mehrfach novelliert, bis im Jahre 1959 ein neues Arbeitsrecht verabschiedet wurde. Unter den islamischen erdölproduzierenden Ländern hat der Iran die älteste Geschichte industrieller Beziehungen. Das iranische Arbeitsrecht läßt formal die Gründung von Gewerkschaften zu, unterbindet aber Arbeitskämpfmaßnahmen (Streik) und verweist Arbeitskonflikte an Kommissionen. Der Versuch des Pahlawi-Regimes, die Gewerkschaften unter Regierungskontrolle zu halten, förderte indes konspirative Tätigkeiten und die kommunistische Durchdringung der iranischen Gewerkschaften. Die Tudeh-Partei³⁶ versuchte die gewerkschaftlichen Lohnforderungen stets in politische Konflikte zu verwandeln. Die Rückkehr des Schahs nach dem mit amerikanischer Hilfe vollbrachten Sturz des nationalistischen Mossadegh-Regimes im Jahre 1953 wurde von dem Versuch begleitet, die Gewerkschaften politisch effektiver zu kontrollieren. Aber schon vor diesem Konflikt brach im Jahre 1946 ein dreitägiger Generalstreik aus, bei dem es um Lohnforderungen und um Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ging. „Angesichts der Wichtigkeit der Ölindustrie war diese Aktion, in der die Arbeiter die meisten Forderungen durchsetzten, von ungeheurer Bedeutung, und sie zeigte, welche große Rolle eine kleine, aber strategisch günstig

32 Vgl. Helen Lackner, *A House Built on Sand. A Political Economy of Saudi Arabia*, London 1978.

33 Halliday (Anm. 13), S. 163 ff.

34 Ebenda, S. 169 f. Halliday bezieht sich auf Iran; zum Verhältnis von Erdöl und Beschäftigung in den arabischen erdölproduzierenden Ländern vgl. Kamal S. Sayegh, *Oil and Arab Regional Development*, New York 1968, S. 83 ff.

35 Lenczowski (Anm. 8), S. 256 f.

36 Zur Tudeh-Partei vgl. A. Farughy/J.-L. Reverier, *Persien: Aufbruch ins Chaos*, München 1979 S. 194 ff.

postierte Arbeiterklasse in einer Wirtschaft wie der iranischen spielen kann³⁷. Darauf folgte die Gründung einer staatskontrollierten und loyalen Gewerkschaftsunion, die allerdings auch die Arbeitskämpfe von 1978 und den darauffolgenden Sturz der Pahlawi-Dynastie nicht verhindern konnte. Nun stellt sich die Frage, ob die iranische Arbeiterbewegung, die zur Überwindung einer despotischen Herrschaft beigetragen hat, in einer konfliktfeindlichen islamischen Ordnung fortexistieren kann, für die die gewerkschaftliche Organisation der Arbeit als Imitation des Westens gilt. Wir haben gesehen, daß das islamische Ordnungssystem, indem es soziale Homogenität und die Unterwerfung unter eine Obrigkeit predigt, keinen Begriff von Gewerkschaft als Interessenverband in einer pluralistischen Gesellschaft zuläßt. Ein gravierender Konflikt zwischen der iranischen Arbeiterbewegung und der gegenwärtig dominierenden Geistlichkeit ist daher nach der Überwindung der gegenwärtigen Übergangssituation zu erwarten.

Der iranische Schah hat mit Reformen von oben versucht, den Iran zu säkularisieren und hat damit die Geistlichkeit als Walterin religiöser Legitimität gegen sein Gewaltregime aufgebracht. Anders ist es in Saudi-Arabien, in dem die Herrschaft der saudischen Dynastie islamisch legitimiert wird. Ein vorübergehendes Bündnis zwischen den Ölarbeitern und den Ulema (Klerus) ist hier ausgeschlossen, weil letztere zu den Trägern der politischen Ordnung in der saudischen Monarchie gehören. Dort sind der Ölsektor und die Arbeiterbewegung nicht so alt wie in Iran. In Saudi-Arabien kontrolliert das politische System die Gesellschaft effektiver als seinerzeit der Schah in Iran, weil die saudische Gesellschaft noch stark archaisch und wenig funktional differenziert ist. Ein saudischer Untertan benötigt z. B. eine Genehmigung von der Regierung, wenn er ein Lohnarbeitsverhältnis aufnehmen will. Das Erdöl-Konsortium ARAMCO hat die erste Massenbeschäftigung dieser Art in dieser Region eingeführt. Die erste Arbeitsverordnung, in der die zitierte Restriktion auch enthalten ist, stammt aus dem Jahre 1947; in ihr kommt das Wort Gewerkschaft nicht vor. Erst nach spontanen Streiks der Ölarbeiter mit Lohnforderungen in den Jahren 1953 und 1956 wurde diese Verordnung durch ein königliches Dekret von 1956 ergänzt, das Streiks ausdrücklich verbietet und für Streikaufrufer noch härtere Strafen als für Streikende vorsieht³⁸. 1969 hat die saudische Regierung eine neue Arbeitsverordnung erlassen, die Streiks ebenfalls streng verbietet, jedoch die Errichtung lokaler Arbeitsämter beinhaltet. Deren Aufgabe ist die Lösung von Arbeitskonflikten, die allerdings *nur individuell* stattfinden dürfen. Kollektive Beschwerden sind strafbar³⁹. Allerdings existieren in Saudi-Arabien geheime Arbeiterorganisationen, die konspirativ wirken, über die es jedoch keine genauen Informationen gibt⁴⁰.

37 Halliday (Anm. 13), S. 187.

38 Vgl. Lenczowski (Anm. 8), S. 259, 268 ff.

39 Lackner (Anm. 32), S. 190.

40 Ebenda, S. 98 ff., 103 ff.

Nicht nur weil die saudische Bevölkerung vorwiegend nomadisch ist und aus ihr keine qualifizierten Arbeitskräfte rekrutiert werden können, sondern auch aus politischen Gründen wird die Arbeitsmigration, d. h. hier der Import fremder Arbeit, in Saudi-Arabien staatlich gefördert. Nach den offiziellen Statistiken betrug die Zahl der saudischen Arbeiter im Jahre 1975 1 286 000, während die Zahl der Fremdarbeiter mit nur 314 000 angegeben wurde. Da in Saudi-Arabien ca. zwei Millionen Migranten aus dem Jemen leben, die von der Statistik nicht erfaßt werden, wird die zitierte Zahl der Fremdarbeiter für unrealistisch gehalten⁴¹. Die Jemeniten bilden den Kern der Fremdarbeiter. Bei einer dreiprozentigen Steigerung der saudischen Arbeitskräfte wird der Anteil der Fremdarbeiter im Jahre 1980 35 % der Beschäftigten ausmachen. Die saudische Regierung versucht seit Jahren, massiv den Anteil der Araber (vor allem Palästinenser und Jemeniten) an den Arbeitsmigranten zugunsten der Inder, Südkoreaner und Taiwan-Chinesen zu erhöhen, weil diese keine politischen Einflüsse mit sich bringen und somit keine politische Gefahr darstellen. Ohnehin ist der Aufenthalt dieser Fremdarbeiter projektgebunden, während sich Jemeniten und Palästinenser in das Land integrieren.

Die spektakulären Ereignisse der Moscheebesetzung in Mekka vom November 1979 sind auch ein Alarmzeichen für die saudische Dynastie, weil entwurzelte Beduinen und Fremdarbeiter hinter dieser Aktion standen, die der religiösen Handlung einer politischen Sekte glich. Der Orient-Experte der Neuen Zürcher Zeitung, Arnold Hottinger, berichtete über diese Moscheebesetzung: „Offenbar gaben die Beduinen und die mitwirkenden Ausländer, bei denen es sich wohl um ‚Fremdarbeiter‘ handelte, ihrer Unzufriedenheit mit den herrschenden Umständen durch eine ‚religiöse‘ Kriegsaktion Ausdruck, wie das in der islamischen Welt immer wieder vorgekommen ist . . . Aus dem Gemisch von entwurzelten Beduinen und Fremdarbeitern dürfte die Aktion der Moscheebesetzung hervorgegangen sein“⁴².

Langfristig wird das Schicksal der saudischen Dynastie wohl dem der Pahlawis ähnlich sein, wenngleich die Tatsache wiederholt werden muß, daß die religiöse Legitimität der saudischen Herrschaft ihren Bestand gewiß verlängern wird. Allerdings werden die strukturellen Auswirkungen der Erdölwirtschaft auf die Gesellschaftsstruktur nicht im Rahmen eines islamischen Ordnungssystems aufgefangen werden können. Der Islam kennt die Gemeinschaft der Gläubigen in der Form der islamischen *umma*; diese ist ein homogenes in sich integriertes Gebilde, das Konfliktaustragung als Ungehorsam klassifiziert. Dieses Gemeinschaftsideal entspricht einer vorindustriellen agrarischen Gesellschaft, das in einer offenen industriellen Welt nicht realisierbar ist. In Iran, wo die Erdölproduktion seit 1908 besteht, hat sich trotz staatlicher Repression eine Arbeiterbewegung herausgebildet, die die politische Entwicklung mitbestimmte, wenngleich keine gewerkschaftli-

41 Ebenda, S. 165 ff.

42 Arnold Hottinger, Hintergründe der Moschee-Aktion in Mekka, in: Neue Zürcher Zeitung vom 9./10. Dez. 1979, Fernausgabe 286, Bl. 5.

che Tradition entstehen konnte⁴³. In Saudi-Arabien ist „die Arbeiterbewegung, auch wenn die Fremdarbeiter einbezogen werden, noch klein und in privilegierte Ölarbeiter und Beschäftigte in anderen Bereichen gespalten. Wenn die außerhalb des Ölsektors tätigen Arbeiter Saudis sind, haben sie oft bessere Bedingungen als die Arbeitsmigranten . . . Migranten müssen unter den schlimmsten Arbeitsbedingungen arbeiten, besonders auf den niedrigen Stufen . . . vor allem die Südkoreaner“⁴⁴. Die Privilegierung der Saudi-Araber gegenüber den Fremdarbeitern verschafft jedoch nicht deren Loyalität, insofern die Tätigkeit in der Erdölproduktion die Beduinen entwurzelt, sie in neue Lebensbedingungen versetzt. Allein durch ein Lohnprivileg können sie nicht integriert werden, zumal wenn sie sehen, daß puritanische Moral gepredigt und streng sanktioniert wird, von den Herrschenden jedoch nicht eingehalten wird. In dem bereits zitierten NZZ-Bericht schreibt Hottinger weiter: „Das Volk in Saudi-Arabien weiß längst, daß die herrschenden Schichten hinter den hohen Mauern ihrer Paläste dem Trunk, dem Spiel und der Fleischeslust frönen, während solche ‚Vergehen‘, wenn in- und ausländische Untertanen sie sich zuschulden kommen lassen, mit den harten Strafen des Religionsgesetzes vergolten werden.“⁴⁵ Die industriellen Effekte der Erdölproduktion und die damit verbundenen sozialstrukturellen Veränderungen kann keine archaische Sozialordnung überdauern.

43 Vgl. Lenczowski (Anm. 8), S. 261 ff. und Halliday (Ana 13), S. 184 ff.

44 Lackner (Anm. 32), S. 191.

45 Hottinger (Anm. 42).